

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung haben sich am 4.11.2016 auf einen Finanzpakt für die nächsten 5 Jahre verständigt. Damit ist der Streit um Sparbeiträge der Kommunen zur Sanierung des Landeshaushalts beendet. Ich halte das erzielte Ergebnis für ausgewogen. Die Kommunen müssen einen um 200 Mio. EUR höheren Vorwegabzug von der kommunalen Finanzausgleichsmasse hinnehmen (505 Mio Euro ab 2017, bisher 305 Mio. Euro / a), erhalten dafür aber Mittel zur Integration von 160 Mio. Euro / a, 60 Mio. für einen Sanierungsfonds, 30 Mio. für Unwetterschäden und weitere Extra vom Land.

Nach den heute veröffentlichten Ergebnissen der November-Steuerschätzung werden die Kommunen in 2017 unter dem Strich deutlich mehr Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich und den diversen Förder- und Zuwendungstöpfen haben als im laufenden Jahr. Konkret ergeben sich für die baden-württembergischen Kommunen gegenüber der Mai-Steuerschätzung in 2016 Nettosteuernehmeinnahmen von 490 Millionen Euro. Für 2017 können sie 450 Millionen Euro mehr als 2016 erwarten. Damit werden die Kommunen trotz des höheren FAG-Vorwegabzugs absolut betrachtet mehr erhalten als 2016.

Die Einigung umfasst folgende Punkte:

- Die Höhe der Verbundquote, also des Anteils, den das Land aus seinem Steueraufkommen für den kommunalen Finanzausgleich bereitstellt, bleibt bei 23 Prozent bis 2021. Sprich: Von einem Euro, der an Bundessteuer-Aufkommen an das Land geht, erhalten die Kommunen automatisch 23 Cent.
- Die Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen werden in den Jahren 2017 bis 2021 im Vergleich zu 2016 um einen gestaffelten Betrag gekürzt:
 - 2017 und 2018 liegt der zusätzliche Betrag bei 200 Millionen Euro, wobei Mehraufwendungen der Kommunen in den Bereichen Integration und Verwaltung in Höhe von 50 Millionen Euro bereits berücksichtigt sind.
 - 2019 bis 2021 beträgt die zusätzliche Kürzung 230 Millionen Euro.
- Für die Integration von Flüchtlingen stellt das Land den Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 160 Millionen Euro zur Verfügung. Hiervon werden 70 Millionen Euro über Integrationsförderprogramme des Landes und 90 Millionen Euro den Kommunen für die kommunale Anschlussunterbringung gewährt. Das entspricht einer Pro-Kopf-Pauschale von 1.125 Euro pro zugewiesenem Flüchtling und Jahr.
- In den Jahren 2017, 2018 und 2019 beteiligt das Land die Kommunen mit zehn Prozent an einem Sanierungsprogramm zum Abbau der impliziten Verschuldung. Das Programm dürfte jährlich einen Umfang von 60 Mio. Euro haben.
- Es wird ein Unwetterhilfefonds eingerichtet, den Land und Kommunen jeweils zur Hälfte füllen. Pro Jahr sollen bis zu 30 Millionen Euro in den Fonds fließen.
- Die Leistungen des Bundes zur Entlastung der Kommunen, wie sie bei der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs am 16. Juni 2016 vereinbart wurden, werden den Kommunen - auch soweit diese über den Landeshaushalt fließen - zur Verfügung

gestellt. Diese Leistungen fließen ab dem Jahr 2018. Für die Kommunen in Baden-Württemberg geht es dabei um rund 90 Millionen Euro pro Jahr.

Über diesen Vorschlag müssen die Gremien der Kommunalen Spitzenverbände und der Landtag in den weiteren Beratungen zum Landeshaushalt 2017 nun entscheiden.

Hintergrund-Informationen:

Die Gemeinsame Finanzkommission gibt es seit 2007. Neben der Finanzministerin, die den Vorsitz hat, gehören Vertreterinnen und Vertreter des Staatsministeriums, des Innenministeriums, des Gemeindetags Baden-Württemberg, des Landkreistags Baden-Württemberg und des Städtetags Baden-Württemberg an. Die paritätisch mit drei Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung sowie der kommunalen Landesverbände besetzte Kommission legt dem Landtag und der Landesregierung Empfehlungen zur Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen sowie zum kommunalen Finanzausgleich und dem Kommunalen Investitionsfonds vor.

Soweit zu eurer schnellen Information. Ich gehe davon aus, dass eure Bürgermeister in den nächsten Tagen die Gemeinderät*innen mit Rundschreiben des Gemeinde- oder Städtetags informieren werden. Bitte meldet euch, wenn Ihr hierzu Fragen habt.

Herzliche Grüße
Uli

Mein persönlicher Lesetipp:

Ich empfehle euch aktuell zwei Beiträge aus der FAZ“ zum Thema Hilfsprogramm von Baden-Württemberg für Jesidinnen:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/baden-wuerttemberg-rettet-ueber-tausend-jesidinnen-14503598.html>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/sacharow-preis-geht-an-jesidische-aktivistinnen-aus-irak-14500174.html>

www.uli-sckerl.de